

Londoner Ansprüche und die Wirklichkeit

Die jüngste internationale Afghanistan-Konferenz brachte wenig Neues

Thomas Ruttig

Von einer neuen Strategie ist weit und breit nichts zu sehen nach der Londoner Afghanistan-Konferenz. Das ist auch nicht überraschend, nachdem die Führungsmacht USA ihre Strategie schon im Dezember in Kraft gesetzt hat. Da können die Verbündeten nur mitziehen. In London sollte vor allem der Anschein geweckt werden, Afghanistans Präsident Hamed Karzai übernehme jetzt stärker „die Führung“ und der Einstieg in den Ausstieg könne beginnen.

Schon bis zum Jahreswechsel sollen die Afghanen die Verantwortung für die Sicherheit in fünf Provinzen übernehmen – als Einstieg in den Ausstieg. Deutschland möchte dabei sein „*Provincial Reconstruction Team*“ in der Nordostprovinz Badachschan loswerden. Aber schon beim Umsetzungstempo ist man sich uneinig: Karzai zufolge sei so etwas erst in zwei, drei Jahren möglich.

Das zeigt: Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, die Strategie der internationalen Gemeinschaft für Afghanistan bleibt militärisch dominiert. Die versammelten Geberländer bestätigten von Kabul durchgesetzte erhebliche Aufstockungen der afghanischen Armee und Polizei. Das wird teuer – und Afghanistan ist Karzai zufolge frühestens in 15 Jahren in der Lage, selbst dafür zu zahlen.

US-Außenministerin Hillary Clinton kündigte an, man werde „sehr aggressiv“ gegen die Taliban vorgehen. Mit der Erkenntnis des ISAF-Kommandeurs McChrystal, man habe verstanden, dass man ein Feuer nicht mit dem Hammer löschen könne und vor allem die afghanische Zivilbevölkerung schützen müsse, geht das nicht zusammen. Unweigerlich werden Zivilisten weiter in die Schusslinie geraten. Das wird den Aufständischen weiteren Zulauf bescheren. Unter diesen Umständen wird es Karzai auch nicht gelingen, relevante Taliban-Vertreter zu dem „in wenigen Wochen“ geplanten Friedensratschlag und einer anschließenden Loya Jirga nach Kabul zu locken.

Der zivile Bereich

Im zivilen Bereich wurde beschlossen, mehr vom Bisherigen zu tun. Das gilt auch für die Bundesregierung, die Hilfsgelder verdoppeln und dreimal mehr Polizeiausbilder als bisher entsenden will. Das wäre auch nicht problematisch. Man muss nicht andauernd neue Strategien erfinden. Nur klaffen auch hier grundsätzlich richtige Ansätze und die Realitäten auseinander. Die Sicherheitslage lässt überhaupt nicht zu, Polizeiausbilder und Entwicklungshelfer aufs Land zu schicken, wo sie gebraucht werden. Schon protestieren die Polizeigewerkschaften, und die Afghanistan-erfahrene Welthungerhilfe muss sich gerade aus einer weiteren Provinz zurückziehen. Die Truppenerhöhung um 850 Soldaten kommt vor allem den fordernden NATO-Alliierten entgegen.

50 Millionen Euro über fünf Jahre will Berlin für Karzais Vorzeigeprogramm zur Wiedereingliederung reuiger Taliban beisteuern. Aber das geht von falschen Voraussetzungen aus. Die so genannten 10-Dollar-Taliban, die mit erhöhtem militärischen Druck bewegt werden sollen, die angebotene Reintegrationshilfe anzunehmen, sind als Massenerscheinung ein Mythos. Auch die lokalen Taliban kämpfen vor allem aus politischen Gründen: Gegen eine korrupte Regierung sowie ausländische Truppen. Einer der wenigen positiven Punkte von London ist die geplante Überprüfung der Gefangenlisten. Insgesamt aber sind Reformen der Regierung in Kabul und nicht militärische Aufstandsbekämpfung der Schlüssel für eine Lösung in Afghanistan.

Good Governance

Gerade in Sachen besserer Regierungsführung aber blieb Karzai in seinem 6-Punkte-Plan in Allgemeinplätzen stecken, auch wenn er auf den ersten Blick die richtigen Dinge zu sagen scheint. Etwa: Korruption werde der Fokus seiner zweiten Amtszeit sein. Konkret bietet er dann nur an, die Kompetenzen einer schon existierenden Behörde zu erweitern. Andeutungen, er sei zu einer Stärkung der Provinzregierungen und gewählter Schuras bereit, bieten weitere positive Ansätze. Dennoch sollten die westlichen Regierungen genauer als nach den vorangegangenen Konferenzen darauf achten, dass es nicht bei hehren Versprechen bleibt.

Am bedenklichsten stimmen Karzais Aussagen zu den kommenden Parlamentswahlen. Man habe aus der Präsidentenwahl vom vorigen August „gelernt“ – aber nicht, dass der massive Betrug die Legitimität seiner Regierung ins Wanken gebracht hat, sondern dass dafür „unparteiische und konstruktive“ Unterstützung erwünscht sei. Im Klartext heißt das: Das Aufdecken der Fälschungen war Einmischung. Das ist ein Affront gegen die internationale Gemeinschaft und verlangt nach einer deutlichen Reaktion.

Vielleicht ist das ja trotzdem das „neue Kapitel“, von dem Außenminister Westerwelle spricht. Aber wir sind immer noch im selben Buch, der unendlichen Geschichte von Afghanistans Gordischem Knoten, den kein Alexander mit dem Schwert durchhauen kann.